

stern, ohne Unterschied, ein persönliches Schreiben geschickt. Ich habe darin jene, die im Mechanismus der Geheimpolizei hängengeblieben sind, aufgefordert, zu einem persönlichen Gespräch zu kommen, um darzulegen, wie die Dinge waren.“ Eine ganze Reihe von Priestern der Erzdiözese habe auf diesen Appell reagiert: Teils seien sie persönlich der Einladung gefolgt, teils hätten sie sich schriftlich gemeldet.

„Ich weiß, daß nicht alle gekommen sind“, unterstrich Vlk. Aber ihm schein es wertvoller, daß Priester in Freiheit diesen Schritt getan hätten, als daß man ihre Namen auf irgendwelche Listen gesetzt hätte. Ein Teil der Priester sei bisher zu diesem Schritt nicht bereit gewesen: „Es ist eher eine Schwäche oder Unfähigkeit, diesen Schritt zu tun, und mangelnder Glaube an die reinigende Kraft der Buße.“ Vielleicht spielten auch psychologische Gründe wie fehlende Schuldeinsicht oder das Bestreben, das eigene Tun zu entschuldigen bzw. zu bagatellisieren, eine Rolle. Vlk bedauerte das, hob jedoch hervor, daß niemand von diesen Priestern mehr Schädliches tun könne.

Andere Priester seien jedoch zu ihm gekommen und hätten offen gesprochen, welches Drama sie erlebt haben, schrieb der Prager Oberhirte und fügte hinzu: „Sie waren dankbar, daß ihnen dieser Schritt ermöglicht, daß ihnen die helfende Hand gereicht wurde und daß eine neue brüderliche Beziehung entstanden ist. Viele stellten die Frage: ‚Was soll ich machen, um diese Sache in Ordnung zu bringen?‘.“ Im Verlauf dieser Gespräche hätten beide Seiten gespürt, daß sich eine gewisse Unsicherheit und Spannung löste. Man habe erkannt, daß der Weg zur Bereinigung der Vergangenheit nur in Zusammenarbeit beider Seiten zu beschreiten sei. Vlk: „Wir begriffen, daß uns ein Geschenk zuteil wird: die Reue. Sie eröffnet auch dort einen Weg, wo kein anderer Ausweg möglich ist. Diese Erkenntnis kommt aus der tiefen Empfindung, daß jeder von uns gegenüber anderen Schuld trägt und Vergebung braucht. Nur jene, die sich pharisäisch rein fühlen, können als erste den Stein werfen.“ In diesem Sinn seien Reue und Enthüllung weit voneinander entfernt.

Peter Musyl

„Eine peruanische Kirche ist nie entstanden“

Ein Gespräch mit Bischof José Antonio Dammert über die Situation in seinem Land

In 60 Prozent des peruanischen Staatsgebietes herrscht der Ausnahmezustand – Folge des nun zehn Jahre dauernden Krieges zwischen der Terrororganisation „Sendero Luminoso“ und den staatlichen Sicherheitsorganen. Vom „Sandwich-Effekt“ wird dabei gesprochen, um die Situation der zwischen die Fronten geratenen Bevölkerung zu beschreiben: Den vor dem Terror in den ländlichen Gebieten Fliehenden bleibt die Alternative der Verelendung in den Slums der Küstenstädte. Die wirtschaftliche Misere scheint ausweglos – nur der informelle Sektor und der Drogenhandel blühen. Die Hoffnungen auf einen Neuanfang, die sich mit der Wahl von Präsident Alberto Fujimori verbanden, wichen wenige Monate später der Ernüchterung des „Fuji-Schocks“: Ein radikales wirtschaftliches Sanierungsprogramm zur Wiedererlangung internationaler Kreditwürdigkeit führte zur weiteren Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen kämpft die peruanische Kirche für die Menschenrechte und die Interessen einer verelendeten Bevölkerung. Anlässlich seines Deutschlandbesuches im Juni dieses Jahres führten wir mit dem Vorsitzenden der Peruanischen Bischofskonferenz, dem Bischof von Cajamarca, José Antonio Dammert Bellido, ein Gespräch zur Lage von Kirche und Gesellschaft in Peru. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Bischof Dammert, Peru ist wie kein zweites Land in Südamerika von politischer Gewalt und immen-

sen wirtschaftlichen Problemen geprägt. Angesichts dieser Situation der totalen politischen Instabilität kam der „Selbstputsch“ von Präsident Alberto Fujimori Anfang April für viele Beobachter nicht einmal überraschend. Wo liegen die eigentlichen Wurzeln der politischen Malaise?

Dammert: Die momentane politische Situation in Peru läßt sich nicht aus den Ereignissen der letzten Jahre erklären. Sie liegt letztlich in den vergangenen Jahrhunderten begründet. Dabei ist das Hauptproblem Perus vor allem die große Distanz zwischen dem Staat und dem peruanischen Volk. Zudem ist das Volk von seiner Tradition her auf den „caudillo“ fixiert, es sehnt sich nach einem Führer. Es ist auch immer von solchen Führern beherrscht worden: früher von den lokalen Fürsten, den „curacas“, und den Inkas, dann in der Epoche des Kolonialismus von Vertretern der spanischen Krone. Der „caudillismo“ setzte sich auch nach der Ablösung der Kolonialherrschaft durch die Republik fort.

HK: Und wo bildet sich diese historische Hypothek in der heutigen Situation des Landes ab?

Dammert: In der Urwaldregion wie auch in den Anden war der Staat überhaupt nie präsent. In der spanischen Epoche hatten diese Regionen die spanischen Hazienda-Besitzer besetzt und beherrscht, die ihre Feudalherrschaft bis in die Zeit der Republik aufrechterhalten konnten. Ohne die vorherige Erlaubnis der Hazienderos durften

weder Vertreter der Kirche noch irgendwelche staatlichen Autoritäten das Gebiet betreten. Seit Beginn der republikanischen Epoche gehörten die Haciendas dann meist Senatoren. Mit der Agrarreform im Jahre 1969 sind zwar sämtliche Hacienda-Besitzer verschwunden – der Staat ist in diesen Gebieten jedoch weiterhin nicht präsent. Wenn ich die entlegenen Gebiete meiner Diözese besuche, finde ich als einzige Repräsentanten des Staates eine Fahne und eine Grundschullehrerin.

„Die staatlichen Institutionen sind sehr weit vom Volk entfernt“

HK: Wenn der Staat nicht präsent ist, wer besetzt dann dieses Vakuum?

Dammert: In diesen Leerraum ist zum einen die Terrororganisation „Sendero Luminoso“ und sind zum anderen die „rondas campesinas“ (Selbstverteidigungsgruppen der Bauern) gestoßen. Obwohl die „rondas campesinas“ strenggenommen illegal sind, akzeptiert sie der Staat, um so auf der untersten Ebene, an der kommunalen Basis quasi gesetzlich handeln zu können. Es ist zu einer gängigen Praxis geworden, daß diese Gruppen gleichsam im Auftrag des Staates exekutive Aufgaben übernehmen. Sie setzen im übrigen in ihrer Organisationsform wie in ihrem Handeln die alten gemeinschaftlichen Traditionen der Andenregion fort.

HK: Ist die Demokratie in Ihrem Land dann mehr als ein formal-institutioneller, aber de facto wirkungsloser Rahmen?

Dammert: Die peruanische Demokratie ist nicht zu vergleichen mit den Demokratien in Europa, selbst wenn es dort auch gewisse Mängel gibt. Die staatlichen Institutionen Perus sind sehr weit vom Volk entfernt. Das Wahlsystem ist etwa so angelegt, daß beispielsweise ein Bauer aus Cajamarca einen Senator aus Puno (in der Hochebene des südlichen Perus) wählen muß, den er gar nicht kennt. Dieser Senator kann nie wirklich sein Vertreter sein. Das gleiche Problem gilt auch für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Authentische Demokratie gibt es bei uns eigentlich nur in den genannten „rondas campesinas“ oder in den Volksorganisationen der Städte. Diese demokratischen Strukturen müßten gefördert werden. Denn die Vertreter dieser Organisationen werden von der Bevölkerung direkt gewählt, kontrolliert und wenn nötig eben auch ersetzt. Die Senatoren und die Abgeordneten der Zweiten Kammer dagegen erhalten einen Blankoscheck für fünf Jahre.

HK: Liegt in dem Repräsentanzdefizit des bestehenden Regierungssystems auch der Grund für die momentane Staatskrise Perus?

Dammert: Fujimori ist als Nachfolger von *Alán García Pérez* im Jahr 1990 zum Präsidenten gewählt worden, weil das Volk keinerlei Vertrauen mehr in die Politiker der etablierten Parteien hatte. Die einzige Partei, die über-

haupt noch im Volk verankert ist, ist die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana), die bei der Wahl 20 Prozent erreichte. Die Wahl Fujimoris wie der Putsch am 5. April dieses Jahres, der vom Volk unterstützt wurde, haben das vollkommene Scheitern der peruanischen Demokratie deutlich gemacht.

HK: Auffällig waren die äußere Ruhe und Gelassenheit, mit der die Bevölkerung auf den „Selbstputsch“ und das Außerkrafttreten der Verfassung reagierte. Hat Fujimori auch heute noch die Unterstützung des Volkes?

Dammert: Es besteht kein Zweifel daran, daß die Bevölkerung zu Fujimori hält, weil sie sich einen „caudillo“, einen Führer, wünscht, der die Verantwortung übernimmt. Alle Bevölkerungsschichten, die Oligarchie wie das Management der Wirtschaft, aber auch das einfache Volk unterstützen Fujimori. Nur die Politiker und die Presse haben zuvor die formale Demokratie am Leben gehalten. Die Gunst, die Fujimori im Umfeld seiner Wahl genossen hat, ist allerdings durch sein radikales Wirtschaftsprogramm stark geschwächt.

HK: Basiert die Unterstützung der Bevölkerung für Fujimori, zumindest das Stillhalten, auf der Einsicht in die Notwendigkeit von umwälzenden Reformen?

Dammert: Niemand kann ernsthaft bezweifeln, daß in Peru dringend Veränderungen notwendig sind. Meines Erachtens wären diese Veränderungen jedoch auch innerhalb der bestehenden Verfassung möglich gewesen. Der Präsident des Senates suchte seit Beginn des Jahres eine Unterredung mit Fujimori zu erreichen, aber er hat sie nie gewährt bekommen. Der Staatspräsident ist durch und durch ein Pragmatiker, der ganz davon überzeugt ist, alles selbst regeln zu können und auch zu müssen. Den Putsch selbst hatte er schon länger vorbereitet.

HK: Dabei ist doch das Militär, auf das sich Fujimori bei seinem Vorgehen stützte, in den lateinamerikanischen Ländern meist ein ziemlicher Unsicherheitsfaktor. Man muß beispielsweise nur an den erst kurz zurückliegenden Putschversuch junger Offiziere in Venezuela denken. Wie war es in Peru?

Dammert: Bereits kurz nach seiner Wahl hatte Fujimori sein Büro ins Hauptquartier des Militärs verlegt. Seitdem stützt er sich fortdauernd auf das Militär und benutzt es auch. Seinen entscheidenden Rückhalt hat er in jedem Fall immer vom Militär erhalten. Allerdings besteht die Gefahr, daß, wenn sich die Situation in Peru weiterhin verschärft, das Militär auch Fujimori beiseite schafft. Gemäß der peruanischen Verfassung darf sich das Militär zwar nicht in die Politik einmischen, de facto aber ist es die mächtigste politische Partei.

HK: Diese instabile politische Situation wird sich aber auch nicht ändern können, solange die Chancen so gering sind, der wirtschaftlichen Misere zu entkommen . . .

Dammert: Die wirtschaftliche Situation Perus ist seit Jahren verheerend. Von den 70er Jahren an erhielt Peru sehr

leicht Kredite aus den Vereinigten Staaten und aus Europa. Die Zinsen jedoch, die Peru dafür zurückzahlen mußte, waren in den Augen der Schuldner ausgesprochene Wucherzinsen. Obwohl Schulden abgezahlt wurden, hat sich die Schuldensumme vermehrt. Heute gewährt uns der Internationale Währungsfonds Kredite, um die Schulden zurückzahlen zu können. Damit steigt jedoch für uns die Schuldenlast mit den Rückzahlungen weiter.

HK: Wo liegen letztlich die Ursachen für diese beinahe aussichtslos scheinende wirtschaftliche Lage? Sind sie externer oder interner Art?

Dammert: Da die Bedingungen für die Wirtschaft Perus seit Beginn des Jahrhunderts immer von ausländischen Konzernen diktiert wurden, haben diese nie wirklich dem entsprochen, was für das Land notwendig ist. So hat man beispielsweise intensiv Baumwolle angepflanzt – und uns fehlten dadurch wichtige Nahrungsmittel, die wir in den Jahrhunderten zuvor angebaut hatten.

„Vor allem für die Jugendlichen ist die Lage äußerst prekär“

HK: Was bedeutet eine solche fremdbestimmte Wirtschaftspolitik dann konkret für die Region, in der Sie Bischof sind?

Dammert: 1940 hat der Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé entschieden, im Tal von Cajamarca eine Milchproduktion aufzubauen. Damit wurden der traditionelle Weizen- und Getreideanbau und das traditionelle Handwerk verdrängt. Die Bauern und Arbeiter wanderten an die Küste aus. Nestlé hatte eine Garantie gegeben, die produzierte Milch aufzukaufen. Jedoch hatte man von seiten des Konzerns versäumt, im Vorfeld die örtlichen Gegebenheiten wirklich zu studieren. Die Kühe fühlten sich in den andinen Höhen nicht wohl und degenerierten. Das bedeutete, daß häufig neue Kühe und Stiere angeschafft werden mußten, um die Rasse zu verbessern. Das war für die Viehzüchter aber sehr teuer, weil es sich um importierte Tiere handelte. So standen die Viehzüchter vor dem Bankrott. Vor allem aber brauchten die Kühe auch unverhältnismäßig mehr Weideland als die heimischen Tiere, die Lamas und Alpakas. Folge eines solchen, von oben eingeführten Konzeptes eines ausländischen Konzerns war zunächst die Emigration, da nun sehr viel weniger Verdienstmöglichkeiten bestanden als früher. Zudem mußten, um die Bevölkerung ernähren zu können, Lebensmittel von der Küste und sogar aus dem Ausland eingeführt werden.

HK: Offenbar haben die Wirtschaftsmisere und die Verunsicherung Perus, aus dieser herauszukommen, inzwischen zu einer in unseren Breiten unvorstellbaren Verschlechterung der sozialen Situation geführt . . .

Dammert: Das Wirtschaftsreformprogramm von Fujimori hat zu einer äußerst schwierigen Situation geführt, die durch sehr viele Arbeitslose und extrem geringe Löhne gekennzeichnet ist, vor allem aber dadurch, daß viele

um das pure Überleben kämpfen müssen. Vor allem für die Jugendlichen ist die Lage äußerst prekär. Da die Jugendlichen keine Chance mehr sehen, einen Arbeitsplatz zu bekommen, werden sie immer mehr entweder zu „normalen“ Delinquenten, zu Drogenhändlern oder zu Terroristen.

HK: Kann das peruanische Erziehungssystem dieser Entwicklung gegensteuern, oder ist es dazu – wie das vieler anderer Entwicklungsländer – zu marode?

Dammert: Die Grundproblematik des peruanischen Erziehungssystems besteht darin, daß man ein uniformes System von Frankreich übernommen hat, das nie den Verhältnissen unseres Landes angepaßt wurde. Dabei wurde vor allem nicht berücksichtigt, daß es sehr große geographische, wirtschaftliche und ethnische Unterschiede in Peru gibt. Dennoch wird den Kindern der Oberklasse aus Lima das Gleiche beigebracht wie den Bauernkindern, die auf 3000 Metern Höhe leben. Die Schule St. Ursula in der Hauptstadt mit Schülern aus der gehobenen Gesellschaftsschicht lehrt das gleiche wie die Schule eines kleinen Dorfes im Departement Cajamarca, das auch St. Ursula heißt – der Name ist aber auch die einzige Gemeinsamkeit. Zudem sind die Lehrer sehr schlecht ausgebildet und schlecht bezahlt. Ein Lehrer verdient in Peru zur Zeit 150 Dollar im Monat.

HK: Sie haben bereits die Terrororganisation „Sendero Luminoso“ angesprochen, die stets durch neue grauenhafte Aktionen – jetzt nicht mehr nur im Landesinneren, sondern auch in der Hauptstadt – von sich reden macht. Aus welchen Kreisen rekrutieren sich ihre Mitglieder?

Dammert: Im allgemeinen rekrutieren sich die „Senderistas“ aus Jugendlichen vom Land, die angefangen haben zu studieren, im Studium aber gescheitert sind; dazu kommen auch Jugendliche, die das elfte Schuljahr und damit die Sekundarschule abgeschlossen haben, dann jedoch für sich keine Zukunft mehr sahen. Diese Jugendlichen wollen nach der Schule nicht mehr aufs Land zurück, um zu arbeiten. In größerem Maße stoßen nun auch junge Leute zum „Sendero“, die ein Studium an der Universität oder an einer pädagogischen Hochschule abgeschlossen haben, die aber trotz des Abschlusses keine Arbeit finden.

HK: Wenn auch Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit viele Jugendliche in die Arme von „Sendero“ treibt – es wird ihm auch vorgeworfen, brutale Zwangsrekrutierungen vorzunehmen . . .

Dammert: Sicherlich hat „Sendero“ auch Jugendliche unter Gewalt zum Anschluß gezwungen. Dagegen bemüht sich die Kirche, Jugendliche wieder ins zivile Leben zurückzuführen. Für die Polizei bleiben die, die dazu gehört haben, jedoch weiterhin Terroristen. Es gibt in Peru leider noch keine Gesetze, die eine Reintegration, also ein Rückkehr ins zivile Leben begünstigen. Selbstverständlich läßt sich nur schwer feststellen, ob die Jugendlichen wirklich eine Rückkehr anstreben oder ob sie nicht

nur versuchen wollen zu infiltrieren. Wenn sie wirklich vom „Sendero“ wegkommen wollen, müssen sie außer Landes gehen. Dieser Weg ist jedoch häufig auch versperrt, denn die Grenzen der klassischen Fluchtländer wie die Vereinigten Staaten, Spanien, Italien und Frankreich schließen sich.

HK: Sie haben damit schon das mehr als schwierige Verhältnis der Kirche zu „Sendero“ angesprochen. Gibt es denn überhaupt irgendwelche Anknüpfungspunkte für ein Gespräch?

Dammert: „Sendero“ hat nie die Bereitschaft erkennen lassen, mit der Kirche Gespräche zu führen. Im Gegensatz dazu hat die MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) schon gelegentlich Gesprächsbereitschaft signalisiert. MRTA ist zwar auch eine terroristische Vereinigung, aber sie ist „menschlicher“. Vertreter sind beispielsweise zu mir als Bischof von Cajamarca gekommen, um einen Seelsorger für ihre Bewegung zu erbitten, quasi als ob es sich um einen gewöhnlichen Militärseelsorger handeln würde.

„Grundsätzlich ist die Kirche zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien bereit“

HK: Unterscheiden sich die beiden Gruppen nicht vor allem in ihrem ideologischen Hintergrund?

Dammert: MRTA ist eine sozialistische Bewegung, die ebenso radikale Veränderungen will, jedoch ist sie dabei auch zum Gespräch und zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Gruppen bereit. Allerdings ist die MRTA im Augenblick ernsthaft gespalten. Die eine Fraktion möchte, vergleichbar den Guerilleros in Kolumbien, direkt in die Politik einsteigen. Die andere dagegen will die Linie von „Sendero“ aufgreifen. Erst vor kurzem wurde der Führer von MRTA verhaftet, weil er von einem Mitglied seiner eigenen Bewegung verraten wurde. Wir haben große Angst davor, daß sich der eine Flügel den „Senderistas“ anschließt.

HK: Gerade im letzten Jahr hat „Sendero“ einige Morde an Priestern und Ordensleuten verübt. Zielt er in gleichem Maße auf die Zerstörung der Kirche wie auf die des Staates?

Dammert: Unter den Senderisten gibt es dazu ein Sprichwort: „Die Kirche ist der Nachtisch vom Festessen.“ Für „Sendero“ unterstützt die Kirche ausschließlich die bestehende Ordnung. Auf die Morde des vergangenen Jahres war allerdings die empörte Reaktion des Volkes so heftig, daß „Sendero“ keine weiteren Anschläge mehr gewagt hat. „Sendero“ hat auch Todesdrohungen gegen Bischof *Bambarén* von Chimbote und Weihbischof *Cipriani*, den Apostolischen Administrator von Ayacucho, ausgesprochen – bis jetzt ist aber nichts passiert.

HK: Wo kann die Kirche in dieser prekären politischen Situation, in der sich das Land befindet, Gesprächspartner oder Verbündete finden?

Dammert: „Sendero“ fällt grundsätzlich als Gesprächspartner aus. Dessen Bekenntnis lautet eindeutig: Nach der totalen Zerstörung und nach dem Tod von Millionen wird ein neuer Staat aufgebaut. Er verfolgt eine maoistische Ideologie, vergleichbar mit der Pol Pots in Kambodscha. Grundsätzlich aber ist die Kirche mit jeder politischen Bewegung zum Gespräch und zur Vermittlung zwischen den einzelnen Konfliktparteien bereit.

HK: Und wie ist das Verhältnis zwischen der Kirche und Fujimori?

Dammert: Unglücklicherweise hat der Erzbischof von Lima vor der Wahl Fujimoris diese außerordentliche Bittprozession (am 31. Mai veranstaltete die Erzdiözese Lima eine Prozession zum „Herrn der Wunder“, die sonst nur bei drohenden Katastrophen außerhalb des festen Datums stattfindet) veranstaltet. Sie wurde von Kritikern als Parteinahme für *Mario Vargas Llosa*, den zweiten Präsidentschaftskandidaten, interpretiert. Aus diesem Grund gibt es keinerlei Beziehungen zwischen Fujimori und dem Erzbischof der Hauptstadt. Ich selbst habe als Vorsitzender der Peruanischen Bischofskonferenz zwei gute Gespräche mit Fujimori geführt. Seit einem Jahr habe ich ihn allerdings auch nicht mehr gesehen. Aber ich habe ihn jetzt erneut um eine Unterredung gebeten.

HK: An den runden Tisch, an den Fujimori nach seinem „Selbstputsch“ zusammen mit der Opposition auch die Kirche eingeladen hatte, wollte sie allerdings nicht kommen . . .

Dammert: Fujimori hatte zu einem politischen Dialog aufgerufen, der ausschließlich seine Position begünstigt hätte, der kein wirklicher Dialog werden sollte. Für ein solches Spiel kann sich die Kirche nicht hergeben.

HK: In welchen gesellschaftlichen Bereichen hat bisher die Kirche mit der Regierung zusammengearbeitet? Gab es Ziele, die gemeinsam verfolgt werden konnten?

Dammert: Nach dem „Fujischock“ im zweiten Halbjahr 1990 hat die Kirche offiziell den Auftrag übernommen, die von der Regierung finanzierten sozialen Hilfsmaßnahmen für die von den Wirtschaftsreformen besonders betroffenen Armen, das Regierungsprogramm „compensación social“, durchzuführen. Der Staat blieb bei dem Programm nur leider weit hinter dem zurück, was er versprochen hatte. Die Kirche hat jedoch mit ihren materiell und personell sehr begrenzten Mitteln das Mögliche zu leisten versucht. Das ging so weit, daß dieses Programm nur noch mit kirchlichen Mitteln ausgeführt wurde. Im übrigen machen alle ausländischen Regierungen bei Hilfeleistungen oder Hilfsprogrammen die Auflage gegenüber der peruanischen Regierung, daß diese über die Kirche abgewickelt werden.

HK: Die Menschenrechtsorganisation „amnesty international“ ebenso wie „Justitia et Pax“ haben gerade in den letzten Jahren auf die massiven Menschenrechtsverletzungen in Peru hingewiesen und beklagt, daß in Peru Terror mit Terror beantwortet werde. Die peruanische Kir-

che engagiert sich auch in den verschiedenen Menschenrechtsorganisationen des Landes. Ist das ein Hindernis im Gespräch mit der Regierung?

Dammert: Grundsätzlich arbeitet die Kirche mit allen Organisationen zusammen, die die Menschenrechte verteidigen. Die Regierung hegt aber ein prinzipielles Mißtrauen gegen alle Institutionen, die sich für die Achtung von Menschenrechten einsetzen. Die Argumentation der Regierung lautet immer: Die Menschenrechtsorganisationen mahnten nur die Verstöße des Militärs an, nicht aber die der „Senderistas“. Aber es kann niemand bestreiten, daß wir deren Menschenrechtsverletzungen immer angezeigt haben, sowohl in unserem letzten Verlautbarung „Frieden auf Erden“ wie auch in der letzten Verlautbarung „Zusammen schaffen wir ein neues Peru“. Bei dieser Verlautbarung haben wir im übrigen absichtlich nicht den Begriff „reconstrucción del Perú“ im Titel gebraucht, den die Regierung immer wieder verwendet, um nicht in eine falsche Nähe zu Fujimori zu geraten.

„Die frühere Mittelklasse ist auf das Niveau der Armen gesunken“

HK: Direkte Konflikte zwischen der Kirche und der Regierung hat es aber in jüngster Zeit nicht gegeben . . .

Dammert: Es gibt keinen offenen Konflikt, aber es gibt Argwohn und Mißtrauen gegenüber der Kirche. Die jüngste Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat ging um den geplanten Wahltermin am 18. Oktober dieses Jahres. Am 18. und 19. Oktober findet aber die große Prozession zum „Herrn der Wunder“ in Lima statt. Im Radio habe ich darum gebeten, daß der Wahltermin verschoben werde. Dieser Bitte wurde dann von der Regierung auch entsprochen. Die Presse sprach sofort von einem Konflikt zwischen Kirche und Regierung.

HK: Katholisch sind in Peru nicht nur die Armen, sondern auch die Reichen. Welche Erwartungen stellt denn die Oberschicht Perus an die Kirche?

Dammert: Sie hätte es gerne, wenn wir offen das neoliberale Programm gutheißen würden. Aber dieser Neoliberalismus hat dazu geführt, daß die Krise des Landes größer wurde und das Elend noch schlimmer. Früher gab es noch eine Mittelklasse, die sich einigermaßen behaupten konnte. Heute jedoch ist diese Mittelklasse auf das Niveau der Armen gesunken. Die vom Internationalen Währungsfonds und anderen internationalen Organisationen diktierten und vom peruanischen Wirtschaftsminister ausgeführten Maßnahmen der wirtschaftlichen Anpassung für Peru führen in jedem Fall immer zu einer Verschlechterung der Situation des Volkes. Die katholischen Neoliberalisten lehnen es strikt ab, die Leitlinien der Sozialzyklika „Centesimus annus“ anzuerkennen. Ihr pauschaler Vorwurf an uns Bischöfe und Priester lautet: Ihr seid Kommunisten.

HK: Dieser Vorwurf wurde ja auch hartnäckig gegenüber

der Befreiungstheologie erhoben. Deren Begründer und „Vater“ ist Peruaner, *Gustavo Gutiérrez*. Wie steht die peruanische Kirche heute zur Befreiungstheologie?

Dammert: Die Befreiungstheologie kritisiert den Neoliberalismus bzw. die Diktatur des Kapitalismus und des Neoliberalismus. Daher geriet sie unter den Verdacht des Kommunismus. Richtig ist, daß sich Befreiungstheologen einer marxistischen Gesellschaftsanalyse bedient haben, eines gesellschaftsanalytischen Instrumentariums, das von allen Soziologen zu dieser Zeit verwendet wurde – da waren die Theologen keine Ausnahme. Auch die peruanische Kirche hat in ihren Verlautbarungen einige Aussagen der Befreiungstheologie übernommen. Das heißt aber keinesfalls, daß sie die marxistische Doktrin unterstützt hätte.

HK: Gerade in der Haltung gegenüber der Befreiungstheologie bestand unter den peruanischen Bischöfen aber kein Konsens . . .

Dammert: Einige Bischöfe in Peru waren der Meinung, die Befreiungstheologie vertrete Irrtümer und Häresien. Sie haben die Befreiungstheologen auch in Rom denunziert. Der Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal *Ratzinger*, hat dagegen nie von Häresien und Irrtümern gesprochen – er sprach davon, daß einige Stellen und Aussagen zu korrigieren seien. *Gutiérrez* z. B. hat solche Korrekturen schon in der zweiten Auflage seiner „Theologie der Befreiung“ berücksichtigt. Kardinal *Ratzinger* war nach diesen Korrekturen zufrieden. Sicherlich halten einige der peruanischen Bischöfe den Häresievorwurf weiterhin aufrecht. Für mich sind die letzten Bücher von *Gustavo Gutiérrez* vor allem von einer sehr tiefen Spiritualität gekennzeichnet.

„Katecheten sind die besten Verteidiger gegen den Einfluß der Sekten“

HK: Nach welchen Konzepten organisiert die peruanische Kirche ihre Pastoral, und welche Strukturen haben sich dabei im kirchlichen Alltag herausgebildet?

Dammert: So wie Peru selbst durch große Unterschiede gekennzeichnet ist, kann man auch nicht von einheitlichen Strukturen der Kirche sprechen. Unsere Kirche hat keine so soliden Strukturen wie die Kirche in Deutschland. Vor allem aber haben wir in unserer Kirche ein großes Problem, das nun seit 500 Jahren besteht: Es ist nie eine peruanische Kirche entstanden. Sicherlich verdanken wir den amerikanischen und europäischen pastoralen Mitarbeitern sehr viel. Aber jeder von ihnen kommt zu uns, geprägt durch die Erfahrungen und die Ausbildung in seinem Land. Es ist sehr schwer für uns, diese Heterogenität der Ausbildungen und spezifischen Prägungen zu kanalisieren. Nur ein Beispiel aus Lima: In der einen Pfarrei sind Hiltruper Missionare aus Münster und in der Nachbarpfarrei arbeiten Passionisten aus dem Bas-

kenland mit Ordensfrauen aus Amerika. Wie soll der Erzbischof von Lima sie alle zusammenbringen?

HK: Sie versuchen schon lange, mehr Einheimische als pastorale Mitarbeiter zu gewinnen. Mit welchen Ergebnissen?

Dammert: In den dreißig Jahren, in denen ich Bischof von Cajamarca bin, wurden viele gute Gruppen einheimischer Katecheten ausgebildet. Ich hatte von Paul VI. eine offizielle Genehmigung erhalten, daß diese Katecheten taufen dürfen, Trauassistenten leisten und auch kirchliche Bestattungen vornehmen können. Das galt selbstverständlich auch für Frauen. Dieses Privileg wurde dann auf die ganze peruanische Kirche ausgedehnt, und heute ist es sogar Bestandteil des neuen CIC. Es gibt im Bistum Cajamarca einige Pfarreien, die von Ordensleuten oder Laien geleitet werden. Vor allem waren und sind die Katecheten auch die besten und entschiedensten Verteidiger gegen den Einfluß der evangelikalen Sekten. Oft waren sie zugleich auch die Basis für die Selbstverteidigungsgruppen der Bauern, die „*rondas campesinas*“.

HK: Ist die basiskirchliche Orientierung für die Pastoral, wie sie in Ihrer Diözese praktiziert wird, ein konsensfähiges Konzept in der ganzen peruanischen Kirche?

Dammert: Viele Bischöfe organisieren die Pastoral in ihrer Diözese in traditionellen Formen. Den Armen und Notleidenden wird geholfen, und die Sakramente werden gespendet. Es wird versucht, die Gemeinden zu versorgen. Dabei wird aber keine Bewußtseinsbildung geleistet. Es wird darauf verzichtet, soziale Bildungsmaßnahmen durchzuführen, die die Gemeindemitglieder dazu befähigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Tradition unserer Kirche ist eben sehr spanisch, sehr klerikal.

„Die erste Evangelisation war nur eine sehr eingeschränkte“

HK: Sie haben bereits das Problem der evangelikalen Sekten angesprochen. Wie groß ist ihr Einfluß wirklich, und wie sehr bedrohen sie die katholische Kirche in Peru?

Dammert: Das eigentliche Problem sind für mich nicht die Sekten, sondern unser eigener Mangel an pastoralen Mitarbeitern. Nehmen wir wieder das Beispiel der Diözese Cajamarca: Es gibt nur 40 Priester in einem Gebiet von 15 000 Quadratkilometern mit insgesamt 700 000 Gläubigen. Wir haben mit großen Kommunikationsproblemen zu kämpfen. Für den Weg von einer Pfarrei in die andere, der nur 120 Kilometer lang ist, braucht man oft acht Stunden.

HK: Und wie kommen die Sekten mit den widrigen Umständen zurecht? Haben sie mehr Personal?

Dammert: Die Sekten schicken Leute in die entlegensten Weiler, die schlecht ausgebildet sind, aber dafür sehr fixe Ideen im Kopf haben. Wir scheuen uns vor einer solchen Praxis, weil wir Angst davor haben, daß unsere Leute ohne eine richtige Ausbildung Fehler machen. Daher

schicken wir sie erst gar nicht los. In einem kleinen Weiler, etwa zehn Kilometer von Cajamarca entfernt, gibt es drei verschiedene Einrichtungen von Sekten, jedoch keine Kapelle. Als ich meine Priester fragte, warum es dort keine Kapelle gebe, meinten sie, die *campesinos* würden doch zur Kirche in die Stadt gehen. Das Problem ist nur: Sie kommen ein- höchstens zweimal im Monat in die Stadt. Die Sekten dagegen sind in ihrem kleinen Ort dauernd präsent. Und die Leute akzeptieren sie und sind dankbar dafür, daß sie ihnen etwas vom Evangelium erzählen.

HK: Wie stehen die Sekten zur katholischen Kirche? Kann man sie in dieser Hinsicht über einen Kamm scheren?

Dammert: Da muß man unterscheiden: Die evangelikalen Sekten, die aus den reformatorischen Kirchen hervorgegangen sind, und ausgesprochen fundamentalistische Sekten. Letztere sind sehr stark gegen die Kirche eingenommen.

HK: Nach der Wahl Fujimoris hat gerade die katholische Kirche befürchtet, die evangelikalen Sekten, die die Wahl kräftig unterstützt hatten, würden zunehmend auch Einfluß auf die Politik des Landes gewinnen können. Wie groß ist deren Einfluß nun tatsächlich?

Dammert: Es wurden sowohl Senatoren wie auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt, die verschiedenen Sekten angehören. Auch der zweite stellvertretende Präsident ist Vorsitzender einer Sektenvereinigung. Der Präsident schenkt den Sekten jedoch keinerlei Gehör.

HK: In den Kirchen Europas wird derzeit heftig um die Bewertung der 500jährigen Entdeckungs-, Eroberungs- und Evangelisierungsgeschichte Lateinamerikas diskutiert und gestritten. Mit welchen Gedanken und Gefühlen stehen Sie diesem Gedenkjahr gegenüber?

Dammert: Die Historiker werden wohl noch lange streiten, ob es nun eine „schwarze Legende“ gibt oder ob vor 500 Jahren ein Goldenes Zeitalter angebrochen ist. In einer Versammlung von Bischöfen wird man dieses Problem der historischen Bewertung nicht lösen können. Viel wichtiger ist für mich die Frage, wie sich die Defizite dieser ersten Evangelisierung Lateinamerikas heute bewältigen lassen. Und dabei steht das Problem im Vordergrund, daß bei uns die einheimischen Bischöfe, Priester und Ordensleute fehlen. Kirchen, die später entstanden sind, so beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder in Australien, haben inzwischen längst ihre eigenen Strukturen, die uns aber bis heute fehlen. Die Hälfte der peruanischen Bischöfe ist nicht in diesem Land geboren, ebenso zwei Drittel der Priester, die hier arbeiten. Das gleiche gilt selbstverständlich für die Ordensleute. Dies ist das eigentliche Problem der Kirche Perus, das aus dem langen Verbot der Weihe einheimischer Indios herrührt, aus deren sozialer und rassischer Geringschätzung. Diese erste Evangelisation war nur eine sehr eingeschränkte, weil man die Kultur der Anden und die Sprache der Indios nicht verstanden hatte.